

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Marc Reinhardt, Fraktion der CDU

**Studie zum Krebsrisiko bei der Brandbekämpfung
und**

ANTWORT

der Landesregierung

Das Land hat mit Vertrag vom 30. Juli 2020 die Community Medicine Greifswald mit der „Analyse der Krebsinzidenz und -mortalität in der Gruppe der Beschäftigten der Berufsfeuerwehr Neubrandenburg“ beauftragt. Ziele der Untersuchung sind die Überprüfung des Krebsrisikos in der Kohorte der Beschäftigten der Berufsfeuerwehr Neubrandenburg, die Erhebung von typischen Einsatzszenarien und Expositionssituationen, besonderer Ereignisse in der Vergangenheit und gegebenenfalls Risiken, Schutzfaktoren und insbesondere die Praxis der Anwendungen von Arbeitsschutzmaßnahmen bei den Beschäftigten. Die Studie sollte ursprünglich zum 31. Juli 2021 und nach einer Laufzeitverlängerung wegen pandemiebedingter Einschränkungen und Mehrbelastungen bis zum 31. Januar 2022 abgeschlossen sein.

1. Liegt die Studie vor?

- a) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
- b) Wenn nicht, aus welchen Gründen?

Die Fragen 1, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Die Studie liegt der Landesregierung vor und befindet sich aktuell in abschließender interner Prüfung. Die Vorstellung der Ergebnisse der Studie für die Öffentlichkeit ist in Form einer Pressekonferenz für das dritte Quartal 2022 geplant.

2. Hat die Landesregierung zwischenzeitlich weitere konkrete Maßnahmen geplant oder ergriffen, um das Krebsrisiko im Brandschutzbereich zu untersuchen und zu reduzieren.?

Weitere konkrete Maßnahmen sind nicht geplant. Zuständig ist in diesem Fall die Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord. Nach § 2 ihrer Satzung hat sie die Aufgabe, mit allen geeigneten Mitteln Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten beziehungsweise bei Eintritt von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln wiederherzustellen und sie oder ihre Hinterbliebenen durch Geldleistungen zu entschädigen.

3. Grundsätzlich ist nach Aussage der Landesregierung die Möglichkeit eines individuell erhöhten Krebsrisikos durch die Brandbekämpfung nicht auszuschließen. Um das Restrisiko zu minimieren, entwickeln einzelne Feuerwehren Einsatzstellen-Hygiene-Konzepte.
 - a) Ist nach Einschätzung der Landesregierung die Erarbeitung eines landesweiten Einsatzstellen-Hygiene-Konzeptes für Feuerwehreinsatzkräfte sinnvoll?
 - b) Wie könnte eine Umsetzung mit Unterstützung und Beteiligung der Landesregierung erfolgen?

Die Fragen a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Die Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord entscheidet aufgrund ihrer Zuständigkeit allein, ob die Erarbeitung eines landesweiten Einsatzstellen-Hygiene-Konzeptes für Feuerwehreinsatzkräfte erfolgt.

Das Thema „Hygiene im Feuerwehrdienst“ und damit die Minimierung des Restrisikos eines erhöhten Krebsrisikos nimmt bei der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord bereits jetzt einen breiten Raum ein. Näheres hierzu kann dem folgenden Link entnommen werden:
<https://www.hfuknord.de/hfuk/praevention/fachthemen/Hygiene-im-Feuerwehrdienst.php>

Aufgrund dieser Unterlagen ist ein gesondertes Einsatzstellen-Hygiene-Konzept entbehrlich.

4. Der Fachbereich „Feuerwehren, Hilfeleistungen, Bandschutz“ der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) und dem Institut für Prävention und Arbeitsmedizin der DGUV (IPA) hat ein Forschungsprojekt „Biomonitoring von Feuerwehreinsatzkräften bei Realbränden“ durchgeführt und die im Rahmen des Projektes entstandene DGUV Information 205-035 „Hygiene und Kontaminationsvermeidung bei der Feuerwehr“ zur effektiven Vermeidung von Expositionen gegenüber Gefahrstoffen im Feuerwehrdienst herausgegeben.
- a) Macht sich die Landesregierung die Forschungsergebnisse des Projekts zu eigen?
 - b) Wie könnte eine landesweite Umsetzung mit Unterstützung und Beteiligung der Landesregierung erfolgen?

Zur Beantwortung der Fragen a) und b) wird auf die Antworten zu den Fragen 2 und 3 verwiesen.